



HESSISCHER LANDTAG

27. 09. 2022

KPA
WKA

Berichtsantrag

Fraktion der Freien Demokraten Finanzwissen und ökonomische Bildung

Eine große Anzahl internationaler Studien stellt fest, dass Wissen über Finanzprodukte, Finanzmärkte und grundlegende Schlüsselkonzepte des Finanzwesens in der Bevölkerung wenig verbreitet ist. Diese Beobachtung erstreckt sich über nahezu alle Länder weltweit und über verschiedene Alters-, Bildungs-, und Einkommensschichten. Geringe Finanzbildung wird in der finanzwissenschaftlichen Literatur mit diversen Problemen in Verbindung gebracht. So gehen mit geringerem Finanzwissen im Durchschnitt eine geringere Sparquote, eine höhere Gefahr privater Überschuldung, eine geringere Wahrscheinlichkeit der Teilnahme am Aktienmarkt, eine geringere Wahrscheinlichkeit einer Unternehmensgründung und weitere Probleme einher.

Frauen sind von diesen Problemen in besonderer Weise betroffen. Einerseits konstatieren zahlreiche Studien eine Geschlechterlücke im Finanzwissen. Mangelndes Wissen über Finanzprodukte, Finanzmärkte und grundlegende Schlüsselkonzepte des Finanzwesens ist demnach unter Frauen sogar noch stärker verbreitet, als unter Männern. Frauen sehen sich darüber hinaus mit weiteren Problemen bei der privaten Altersvorsorge konfrontiert. Dazu zählen eine tendenziell höhere Lebenserwartung und damit einhergehend eine längere Zeit im staatlichen Rentensystem, kürzere Zeiträume der Erwerbstätigkeit, der Gender-Income-Gap und daraus resultierend auch ein Gender-Pension-Gap. Die beschriebenen Probleme sind schon heute enorm: Frauen in Deutschland beziehen im Schnitt 39 % weniger Rente als Männer und mehr als 26 % der über 80-jährigen Frauen in Deutschland leben unterhalb der Armutsgrenze. Es besteht die Gefahr, dass diese Probleme zunehmen, wenn das umlagefinanzierte Rentensystem weiter unter Druck gerät.

In einer Zeit, in der private Altersvorsorge zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist es angemessen, den beschriebenen Problemen auf politischer Ebene Rechnung zu tragen. Daher ist es notwendig zu erörtern, welche Möglichkeiten zur Stärkung ökonomischer Inhalte in den Kerncurricula vorhanden sind, wie ökonomische Themen in der Lehrerausbildung besser verankert werden können und welche außerschulischen Angebote genutzt werden können.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Finanzwissen & Altersvorsorge

1. Welche Rolle misst die Landesregierung privater Altersvorsorge im Verhältnis zur betrieblichen Altersvorsorge und zum öffentlich-rechtlichen Pflichtsystem bei?
2. Wie hängen Finanzwissen und private Altersvorsorge aus Sicht der Landesregierung zusammen?
3. Wie hängen Finanzwissen und Kapitalmarktpartizipation aus Sicht der Landesregierung zusammen?
4. Wie hängen Finanzwissen und private Verschuldung aus Sicht der Landesregierung zusammen?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um wenig kapitalmarktaffine Bevölkerungsgruppen über Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge aufzuklären?

II. Gender Gap im Finanzwissen

6. Inwiefern gibt es aus Sicht der Landesregierung eine Geschlechterlücke im Finanzwissen?

7. Welche Probleme ergeben sich daraus aus Sicht der Landesregierung für die private Altersvorsorge von Frauen?
8. Mit welchen weiteren geschlechtsspezifischen Problemen sehen sich Frauen bei der privaten Altersvorsorge konfrontiert?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um der Geschlechterlücke im Finanzwissen entgegenzuwirken?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Kapitalmarktpartizipation von Frauen zu stärken?

III. Ökonomische Bildung und Finanzwissen

11. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der ökonomischen Bildung in den Schulen zu?
12. In welchem Kerncurriculum/Lehrplan werden die Themen Altersvorsorge und Geldanlage thematisiert?
13. In welchem Kerncurriculum/Lehrplan werden die Themen Selbstständigkeit und Unternehmertum thematisiert?
14. Welche Änderungen an den oben genannten Kerncurricula/Lehrplänen gab es seit 2014 mit Blick auf die genannten Bereiche?
15. Inwiefern könnte eine Aufteilung des Fachs „Politik und Wirtschaft“ in zwei eigenständige Fächer bei gleichbleibender Stundenkontingenttafel zu einer Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung an hessischen Schulen beitragen?
16. Plant die Landesregierung, das Fach „Politik und Wirtschaft“ in zwei eigenständige Fächer aufzuteilen?
17. Falls nein: Warum nicht?
18. Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung ökonomische Bildung an hessischen Schulen zukünftig zu stärken?
19. Plant die Landesregierung eine Angleichung der Anzahl der Wochenstunden der Fächer Politik und Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften im ersten Jahr der Qualifikationsphase?
20. Wie viele Schulen in Hessen bieten das Fach Wirtschaftswissenschaften in der gymnasialen Oberstufe an und wie viele Schülerinnen und Schüler belegen das Fach statt Politik und Wirtschaft?

IV. PISA-Studie und Wirtschafts- und Finanzbildungsstrategie

19. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland im Rahmen der PISA-Studie nicht an der freiwilligen Komponente zum Finanzwissen teilnimmt:
 - a) Plant die Landesregierung eine Teilnahme Hessens an dem freiwilligen Modul zum Finanzwissen im Rahmen der PISA-Studie, um daraus eine Grundlage für mögliche Weiterentwicklungen der Kerncurricula/Lehrpläne zu erhalten? (Bitte mit Begründung)
 - b) Hat sich die Landesregierung seit 2014 für eine bundesweite Teilnahme am freiwilligen Modul Finanzwissen im Rahmen der PISA-Studie eingesetzt?
 - c) Falls ja: Wann und in welchem Umfang?
 - d) Falls nein: Warum nicht?
20. Vor dem Hintergrund, dass Deutschland zu den letzten wenigen (OECD)-Ländern gehört, die der OECD/INFE-Empfehlung von 2008 nach einer nationalen Strategie für Finanzbildung noch nicht gefolgt sind:
 - a) Gibt es eine hessische Strategie für Finanzbildung oder plant die Landesregierung eine solche zu erarbeiten?

- b) Plant die Landesregierung mit dem Bund, anderen Bundesländern oder der KMK auf die Entwicklung einer nationalen Strategie für Finanzbildung analog zur OECD/INFE-Empfehlung hinzuwirken, wie diese zuletzt in Österreich vorgestellt wurde?
- c) Wie arbeiten das HMWEVW, das HMdF, das HMK und das HKM zusammen, um ökonomische Bildung in allen Lebensphasen der Bürger zu fördern bzw. im Sinne einer nationalen Wirtschafts- und Finanzbildungsstrategie gemeinsam auf den Weg zu bringen?

V. Ökonomische Bildung im Lehramtsstudium

- 21. Welche Rolle spielt ökonomische Bildung in der Lehrkräfteausbildung in Hessen?
- 22. Inwiefern wäre ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft Voraussetzung für ein eigenständiges Studienfach Wirtschaft im Lehramtsstudium?
- 23. Welche Weiterbildungsangebote stehen hessischen Lehrkräften im Bereich der ökonomischen Bildung zur Verfügung?
- 24. Plant die Landesregierung Erweiterungsprüfungen mit dem Fokus Wirtschaft zu ermöglichen?

VI. Außerschulische Bildungsangebote zur ökonomischen Bildung

- 25. Welche außerschulischen Angebote gibt es an hessischen Schulen zur Förderung der ökonomischen Bildung?
- 26. Welche außerschulischen Angebote zur ökonomischen Bildung werden von der Landesregierung empfohlen?
- 27. Welche außerschulischen Angebote zur ökonomischen Bildung werden von der Landesregierung gefördert?
- 28. Welche unterrichtliche Vor- und Nachbereitung gibt es für diese Angebote?

VII. Ökonomische Bildung und Gründergeist

- 29. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um das Interesse von Schülerinnen und Schülern an einer Unternehmensgründung zu fördern?
- 30. Inwiefern sind die Industrie- und Handelskammern oder andere Institutionen in diese Maßnahmen eingebunden?

Wiesbaden, 27. September 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock